

Deutscher Reichstag.

57. Sitzung vom 26. Februar.

1 Uhr. Am Ministertische: Graf Caprivi, Herr v. Marschall, Thelen, Dr. von Schelling, Dr. v. Bötticher, von Heyden, Graf Polakowski, Herr von Bodelschwingh u. A.

Das Haus ist mächtig besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Das Haus tritt in die erste Sitzung des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Reich und Rußland ein.

Herr Graf v. Bismarck (Cont.): Bei der Beratung des rumanischen Handelsvertrages hies ich darauf hin, daß wir im Januar oder etwas früher und mit einer sehr viel wichtigeren Vorlage würden beschäftigen müssen. Diese Prophanterie ist in Erfüllung gegangen. Offenlich ist es, daß nach den damaligen Konventionsverhandlungen konstatirt worden ist, daß eine Kontinuität zwischen den Handelsverträgen nicht besteht und ebensoviele aus der Annahme des einen Vertrags ein Präjudiz geschaffen würde für einen andern. Das erleichtert gerade die Stellung unserer Partei ganz besonders. Bei unserer Stellungnahme liegt und eine Einwirkung auf Personenerfragen völlig fern; das würden wir für einen Eingriff in die Prärogative der Krone halten und überlassen das anderen Parteien. Wir haben es lediglich mit der Kritik von Handlungen nicht von Personen zu thun. Wir stehen in einem hohen Gegenatz zu der Wirtschaftspolitik des Reiches, und die Massen, mit denen wir zu kämpfen haben, sind sehr ungleich; denn die Massen, in denen wir gegen die Personen vorgehen können, die auf Befehl Seiner Majestät das Kaiserthum hier sehen, sind sehr eng gezogen. Wir müssen und der größten Zurückhaltung befähigen und ich werde über diese Linie nicht hinausgehen.

In Rußland finden die Stimmen für unsere Seite ganz unglücklich gewachsen. Ein Druck ist dabei von keiner Seite gemacht worden; denn das würde nur die Opposition stärken. Man hat in der Presse und sonst den Sieg der Regierung beim rumanischen Vertrage als einen Pyrrhusieg bezeichnet. So weit gehe ich nicht. Bei der Handelsvertragspolitik ist noch immer viel zu viel Politik mit rein wirtschaftspolitischen Fragen vermischt worden. Das halte ich nicht für richtig. Es ist gesagt worden, mit den Verträgen stärken wir die Staaten im Dreieck. Ich acceptire diesen Standpunkt nicht; wenn es sich aber so verhält, so find wir jetzt auch im Begriff, Rußland, das den Druck am stärksten bedroht, wirtschaftlich zu stärken. Fürst Bismarck, ich bin nicht der Mann, der sich von den Herren von den Herren (Bismarck) verführen lassen will, die auf Befehl Seiner Majestät das Kaiserthum hier sehen, sind sehr eng gezogen. Wir müssen und der größten Zurückhaltung befähigen und ich werde über diese Linie nicht hinausgehen.

Welchen Werth Art. 2 über den Erwerb beweglichen und unbeweglichen Vermögens in Rußland für uns hat, beweist die Geschichte der Solonobskischen Erbschaft. Für uns ist Art. 2 völlig wertlos, während wir ein sehr wertvolles Recht konzediren. Rußland ist im Stande, diesen Paragraphen durch Vollstreckungen völlig zu unterminiren während wir dem kleinen Gewerbetreibenden bei uns die schwerste Konkurrenz auf den Hals laden. Im Art. 19 stimmen wir Rußland diesen Eisenbahntarife ein, die bei uns bestenfalls früher hies man dies für sehr bedenklich in erster Reihe für unsere Landwirtschaft. Die russische Einfuhr bei uns dominiert ganz enorm und sie besteht besonders aus Massentransporten der Getreide- und Landwirthschaftsfrüchte für die Transporthilfe von größter Bedeutung sind, während wir nach Rußland nur Artikel der Industrie importiren. Wir konzediren Rußland auch hier ein äußerst wertvolles Recht und binden uns für sehr Jahre. Ich spreche dabei gleichzeitig mein lebhaftes Bedauern aus, daß wir das auch Oesterreich gegenüber gethan haben. Durch die im Art. 19 des Schlußprotokolls eingeführten direkten Frachtarife nach den deutschen Häfen, Danzig, Königsberg und Memel bekommen wir eine sehr verheerliche Konkurrenz russischen Getreides. Ich bitte da die Worte „Durchbruch über See“ wiederzuerinnern. Kein Land kann sich die Befugigung und das Selbstbestimmungsrecht zu Waaren eines Nachbarlandes nehmen lassen. Und wenn jetzt auch Rußland dazu übergeht, das Staatsbahnwesen einzuführen, so trauet es ja nur, wenn ihm die Sache nicht mehr paßt, es sich Privatbahn ein zu schicken, und diese kann es dem Befehl geben, den Bestimmungen der Verträge sich nicht zu fügen. Daß die süddeutschen Staaten mit ihren Befürchtungen wegen der Stapelzölle Recht haben, wenn die Befürchtungen auch meist übertrieben sind, ist nicht zu bestritten. Durch den vorliegenden Vertrag und dessen Eisenbahnpolitik wird allerdings auch Süddeutschland geschädigt. Im Jahre 1891 erhöhte Rußland seinen Tarif zu einem Kampftarif und die russischen Konzessionen sind auch nur von diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Der Schaden, der den deutschen Landwirthschaft geschieht, ist sehr viel größer, als der Nutzen für die Industrie. Letztere jubelt heute hell auf, sie führt auf die Knie vor den Heiligen Rußlands und dankt ihnen für die Wohlthaten (Wagen links). Was aber in dem Vertrag erreicht worden ist, das danken Sie nur den Ministern. Dafür müssen Sie den Ministern und ihrer Haltung bei dem rumanischen Handelsvertrag dankbar sein, denn die Haltung der Industrie und ihrer Anführer war sehr unvorsichtig. Wie doch sogar ein Industrieller im Zollrathe: Ein Vertrag mit Rußland um jeden Preis! Ein solches Verfahren muß uns haben. Bei diesen Handelsverträgen besteht das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirthschaft eine recht schwere Probe. Fürchten Sie nicht, daß wir gleich nach Abschluß der Verträge einen Antrag stellen auf Herabsetzung der Industriezölle. Rime es freilich zur Aufhebung, so würde das für uns im Osten allerdings zu erwägen sein. (Wufe links: Nur zu um so besser!) Daß die Landwirthschaft sich in einer allen Lage befindet, hat ja auch der preussische Landwirthschaftsmittler zugegeben. Und in dieser Beziehung läßt sich Industrie und Landwirthschaft gar nicht vergleichen. Sol dem niemals das mobile Kapital den Verkehr gemacht, durch eine Wirtschaftlichkeit den Betrieb der Landwirthschaft vorzunehmen, eine Nebengewerbe? Wenn die Landwirthschaft reinitre, wäre das sicher geschehen. Die renten dagegen industrielle Aktien-Gesellschaften, Eisenbahnen und Maschinenfabriken! Wenn die

Herren unter sich sind, sprechen sie ja auch ganz anders, als nach außen und sie erkennen dann auch ihre günstige Lage an. Zu vergleichen ist jedenfalls die Lage von Industrie und Landwirthschaft nicht.

Ein eigenthümlicher Anfall ist es, daß an dem Tage des Abschlusses unserer Verhandlungen mit Rußland in Frankreich die Zollherabsetzungen beschlossen wurden. Dort tritt eben jede Partei für die Landwirthschaft ein. Wir hier sind darauf angewiesen, uns selbst zu helfen und uns fest zu organisiren und dieses Produkt ist eben der Bund der Landwirthschaft. Der Freiherr v. Mumm hat eine Bewegung der Industrie in Aussicht gestellt, die die agrarische in den Schattens stellen würde für den Fall der Ablehnung des rumanischen. Das ist ja möglich. Unser Vertrag bei dem vorliegenden Handelsvertrag wird ja wieder dasselbe sein wie beim rumanischen.

Was die Konzessionen Rußlands an dem Gebiete der Bodenprodukte betrifft, so sind diese außerordentlich gering. Ich vermiße auch Zugeständnisse auf dem Gebiete der Textil-, der Stahl- und Eisenindustrie und sie bleiben dazu noch fast überall weit zurück hinter dem russischen Tarif von 1888. Daraus entsteht eine immense Gefahr für unsere Textilindustrie; denn die russische, gestärkt und gefördert durch die Regierung, wird sehr bald konkurrenzfähig sein. Auch in Bezug auf die Eisen- und Kohlenindustrie wird sich in einigen Jahren manches ändern. Inzwischen ich habe ja gar keinen Grund, mich darüber zu erschauern, daß ich Sache der Industrie. Aufmerksamkeit muß ich aber doch darauf, daß der russische Staat den Eisenbahnen jeden Augenblick den Bezug ausländischer Schienen zu verbieten kann. Sehr freilich berührt hier eine Art Hurraffestimmung. In der „National-Zeitung“ wird man vertriebt auf den Import nach Polen. Der Herr Redakteur scheint sich noch nie in Polen bewegt zu haben. Wie sollen wir da konfirtiren. Man sagt mit dem Export der Hirschkorn. Die Schatzkucht ist bei uns längst ruiniert zu Gunsten der Textilindustrie und auch auf dem Gebiete der Biergucht ist uns Rußland längst überlegen. Bedauerlich ist die Herabsetzung des Zolles auf gefärbte Bretter. Ich gebe zu, daß für gewisse Getreidearten von dem Moment an, wo ein Handelsvertrag abgeschlossen ist, die Frage, ob Rußland uns vorzuziehen kann oder soll, keine Rolle spielt. Ich nehme aber dabei mit dem Herrn v. Mumm aus Hafer und Roggen. Der deutsche Markt ist von der größten Bedeutung für den russischen Roggen. Wir brauchen von Rußland außer Caviar n. nichts. Wenn wir Roggen von Rußland nicht bekommen, so würden wir ihn allerdings wo anders her beziehen können, aber sehr viel weiter und darum theurer. Sie sehen also, welchen Einfluß die Freigebung der russischen Roggenindustrie auf die Preisbildung und zwar vornehmlich für die ärmsten Länder. Für die Aufhebung des Identitätsnachweises würde ich der Regierung sehr dankbar sein, aber eine Kompensation erblicke ich darin nicht (Sehr richtig! rechts.) Bei Verhandlung der Frage müssen wir immer nur handeln nach dem Gesichtspunkte der Interessenten der Gesamtlandwirthschaft und diese sind identisch mit denen des gesamten Landes. Schädigen Sie durch den Handelsvertrag die Landwirthschaft und geben der Industrie etwas Nutzen, so ist an sich nichts erreicht, so wenig, als wenn man von einem Körper etwas unten fortrennt und oben ebenfalls aufsetzt. Wohl aber ist das Fundament unseres Staatsebens erschüttert. (Sehr richtig! rechts.) Der Herr Reichskanzler hat wiederholt gesagt, jede Maßregel müsse auf ihre Wirkung auf die Sozialdemokratie untersucht werden. Zwischen meiner Partei und der Sozialdemokratie ist die Verbindung ausgeschlossen. Aber wenn man die Bücher der letzteren liest, wie es notwendig ist, so sieht man auf eine Stelle, daß die Begründung der exportirenden Industrie den Staat in die Sozialdemokratie führt, denn alle patriarchalischen Bande werden zerrissen und die Landwirthschaft ruiniert.

Wenn die russische Baluta sinkt, sind alle von Rußland gemachten Konzessionen illusorisch. Der Rubelkurs ist freilich nicht allein entscheidend für die Höhe des Getreidepreises, aber von bedeutendem Einfluß ist er jedenfalls. Bei dem heutigen Rußland des Rubels müßte der Zoll 5,50 Mark betragen und bei einem Rubelkurs von 2 Mark müßte er 6,12 Pfg. betragen. Nicht bloß die agrarischen Organe verurtheilen den Vertrag, sondern auch die „Schlesische Zeitung“, hat sich völlig abnehmend gegen den Vertrag ausgesprochen und ebenso auch Herr Popelius, ein hervorragender Industrieller. Die Regierung verhält ja über die Konventionen der Sozialdemokraten und Freikämmlern. Aber selbst Herr Vorth sagte im vorigen Jahre, daß die unmittelbaren Wirkungen der Verträge keine sehr bedeutenden sein würden. Die Herren wollen eben nur die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck schädigen. Wir dagegen wollen sie festhalten und werden uns darin nicht wanden lassen, denn wir halten sie für eine deutsche und nationale. Eine kleine Verärgerung für unsere Standpunkte haben wir ja schon erhalten, der klar hervortritt in den Abstimmungsresultaten von 1891 und 1893. Wir bekämpfen die neue Wirtschaftspolitik, weil wir es für ungeeignet halten, alle Opfer der Landwirthschaft aufzuerlegen, weil wir die finanziellen Ausfälle voraussehen und weil wir es für einen schweren Fehler halten, die landwirthschaftlichen Zölle auf zehn Jahre zu binden. Wir hätten ja unsere Bedenken fallen lassen können, wenn uns Kompensationen auf anderem Gebiete gewährt worden wären. Das ist nicht der Fall und deshalb müssen wir die letzten Konsequenzen unseres Standpunktes ziehen. Unsere Handelsvertragspolitik wäre vielleicht richtig, wenn der Preis der landwirthschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt ein steigender wäre. Das ist aber nicht der Fall. In Frankreich ist man dagegen auf dem richtigen Weg. Reich und Staat haben die Macht und Weisheit das Wohl des Landes abhängig, so schähen vor der übermächtigen Konkurrenz des Auslandes. Ich schlage Ihnen vor, den Vertrag an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verwerten. (Wufe rechts.) Staatssekretär Herr v. Marschall: Es ist mir nicht bekannt, daß die Unterfertigung der Sozialdemokraten und Freikämmlern für die Verträge der 80er Jahre von den Konventionen mit Entschiedenheit zurückgewiesen worden ist. Die Rede des Vorredners würde auf mich einen heftigen Eindruck gemacht haben, wenn er nicht dieselbe Opposition gegen jeden bisherigen Vertrag gemacht hätte, daß die Zustimmung zu dem rumanischen Vertrag nicht Präjudiz ist für die Zustimmung zum russischen, diese meine Aeußerung halte ich vollkommen aufrecht. Ich bitte den vorliegenden Vertrag lediglich aus sachlichen Erwägungen zu prüfen. Die wirtschaftlichen Gründe, die für diesen Vertrag sprechen, sind so durchgreifender Natur, daß sie mit politischen Gründen nicht verquirit zu werden brauchen.

Aber ich will die Gegner des Vertrags doch fragen, ob wir ohne politische Bedenken einem großen und mächtigen Nachbar das dauernd vertragen können und wir anderen Staaten gewünscht haben. In Konzessionen haben wir das erreicht, was wir erreichen konnten und auf dem Gebiete der Eisenbahntarife wird nur der bestehende Zustand konstatirt. Es ist nicht wahr, daß wir uns in dieser Beziehung Rußland unterwerfen. Wenn der Vorredner mit Weid auf Frankreich zeigt, so sage ich, eine Zollpolitik kann richtig sein für ein Land mit stabiler Bevölkerung und sie kann falsch sein für ein Land, dessen Bevölkerung jährlich um Hunderttausende wächst. Man mag Einwendungen gegen den Vertrag machen, welche man will, aber das ist nicht zu läugnen, daß dieser Vertrag in der Geschichte der europäischen Politik einen Markstein von hervorragender Bedeutung bilden wird. Ich sehe mit voller Ruhe dem Tage entgegen, wo der Gedanke allgemein zum Durchbruch gelangt sein wird, daß die deutsche Politik auf dem richtigen Wege ist. Wenn der russische Vertrag seinen logischen Abschluß findet. Neues zu thun bei den Verträgen anzufangen, ist ja nicht dem Vorausgange schwer und es ist ja auch dem Vordere nicht gelungen. Wenn wir klar und unbefangen erkennen wollen, was mit dem Vertrage erreicht ist, dann müssen wir einen Rückblick werfen auf das, was geschehen ist und auf das, was ohne den Vertrag geschehen würde. Die Geschichte wird zeigen, daß Erhöhung unserer Getreidezölle lediglich den Zweck hatte, Rußland ein Paroli zu bieten für die Erhöhung seiner Eisen- und Kohlenzölle. Die werthvollste Ertragsgattung eben dieses Vertrags für die Industrie ist aber, daß sie bekommt, was sie am schwersten vermischt, das ist die Stabilität. Wenn man fragt, nicht alle Zölle sind gebunden, so trifft das auf alle Tarifverträge zu; denn alle diese Zölle hat ein Staat noch nie gebunden. Die für uns wichtigsten Zölle haben wir gebunden und was die anderen betrifft, so haben wir auf deren Bindung verzichtet, weil sie weniger uns, als anderen Ländern zu Gute gekommen wäre. Die industriellen Konzessionen Rußlands werden von keiner Stelle dargelegt werden. Freilich sind die russischen Zölle noch sehr hoch, aber es beweist nicht meinen Urtheil, wenn man diesen Zölle mit denen anderer Staaten zum Vergleich an die Seite stellt. Ein Zoll von 2 Mark in Oesterreich-Ungarn kann für uns profitabil wirken, während ein Zoll von 6 Rubel in Rußland unserer Industrie noch schmerzlichen Abbruch anrichten kann.

Ich hätte nicht vermocht, für diesen Vertrag einzutreten, wenn ich nicht hätte überlegen können, daß er für die Landwirthschaft schädlich ist. Ich sehe nach wie vor auf dem Standpunkte, daß Landwirthschaft und Industrie gemeinschaftliche Interessen haben. Wohl mag es schwer werden, zwischen dem berechtigten Egoismus der beiden produzierenden Stände einen Ausgleich zu finden. Aber wenn es 1887 für die Industrie möglich war, den landwirthschaftlichen Zöllen zugestimmen ohne Kompensation für die Industrie, so wird es auch im vorliegenden Falle der Landwirthschaft möglich sein, die dem Vertrag zugestimmen. Hier handelt es sich um die Frage: hat denn der Differentialzoll der Landwirthschaft überhaupt Nutzen gebracht? Nun wenn diese Frage bejaht wird, könnte man behaupten, daß der Vertrag der Landwirthschaft schadet. Aber diese Frage ist zu verneinen. Das Getreide hat ja den Zweck, die Grenze da zu überschreiten, wo die Zollstrafe am niedrigsten ist. Es wird Niemand Getreide zu 3,50 Mark kaufen, wenn er es an anderer Stelle zu 3,50 Mark kaufen kann. Das Getreide, das überhaupt nach Deutschland herinkommt, hat jetzt 3,50 Mark Zoll zu tragen. Man behauptet, Deutschland würde mit russischem Getreide überflutet werden. Auch das trifft nicht zu. Früher mag es möglich gewesen sein, nicht aber jetzt angesichts der Verhältnisse auf dem Weltmarkt. Warum besteht denn das charakteristische Merkmal des Weltmarktes? Doch darum, daß der Handel, der das Importbedürfnis eines Landes befriedigen will, nicht auf die Produktion angewiesen ist, sondern über den Produktionsüberschuß der ganzen Welt verfügt. Sperren wir unsere Grenzen gegen ein Land, so bleibt dessen Getreide nicht im Lande selbst, sondern es sucht Absatz auf dem Weltmarkt, erhöht das Angebot und wirkt darum auf die Preisbildung nicht in steigender, sondern sinkender Richtung. Und das trifft nicht nur auf den Weizen zu, sondern auch auf den Roggen. Wir haben 1891, als Rußland die Roggenausfuhr verbot, unseren Bedarf doch auf dem Weltmarkt decken können. Allen diesen Erwägungen gegenüber kann man sich des Staunens nicht erwehren, daß Deutschland in zwei feindselige Lager gespalten ist über die Frage ob 5 Mark Zoll gegen Rußland oder 3,50 Mark. Ich bin von jeder ein Freund der Getreidezölle gewesen. Aber in ausschließliches Mittel erblicke ich darin nicht, den Weltmarkt zu helfen. Es ist nur ein Palliativmittel, das dem Land in Hand geben muß, was ich die agrarische Reform nenne, allmählich der zunehmenden Belastung der Landwirthschaft Einhalt zu thun und ihre Entlastung anzubahnen. Daß alles auf die Höhe des Zolles ankommt, ist eine Ueberreizung. Es kann ein 3,50 Mark Zoll wirksamer sein, als ein 5 Mark Zoll, der überhaupt nicht in die Erscheinung kommt. Wenn der Differentialzoll der Landwirthschaft nicht, so muß doch bei dem jetzigen 7,50 Mark Zoll das noch in hervorragenderem Maße der Fall sein. Das ist aber nach den mir vorliegenden Tabellen nicht der Fall. Der Getreidepreis ist vielmehr und zwar gerade in den am nächsten an Rußland gelegenen Gebieten gefallen. In keiner Stelle von Deutschland ist ferner nach dem 1. August v. J. die Differenz zwischen Weltmarktpreis und Inlandspreis höher gewesen als 35 Mark. Ich wollte aus diesen Zahlen nur erweisen, daß der Differentialzoll der deutschen Landwirthschaft nicht genutzt hat. Daß ungeheure Roggenvorräthe in Rußland lagern sollen, ist eine Legende, wie ich in der Kommission nachweisen werde. Aber wenn es auch der Fall wäre, so können diese Vorräthe gar nicht nach Deutschland gebracht werden, weil der Preis zu hoch ist, als das Getreide zu diesem Preisungehalt in Deutschland veräußert sein würde. Würde der jetzige Zustand vorerwähnt, so würde der Handel ganz legale Mittel und Wege finden, um Getreide einzuführen. Denn es kann niemand verhindern, russisches Getreide in preisbilligsten Ländern zu Wehl zu verpacken und dann bei uns einzuführen. Ein Differentialzoll bleibt auch ein solcher in der Bekleidung als Ballastzoll. (Zustimmung links.) Ziel intensiver als die Baluta wirken auf den Getreidepreis andere Faktoren, die vielmehr den Einfluß der Baluta paralysiren. Ich kann Herrn von Rodde Tabellen zeigen, welche beweisen, daß der Getreidepreis niedrig und der Rubelkurs hoch sein kann und umgekehrt. Es giebt keinen Staat, der auf zehn Jahre hinaus die Ge-



würd einer nicht schwankenden Basis geben könnte. Will man eine gleiche Stala einrichten, so muß man sich erinnern, daß 1857, als wir den 5-Mark-Zoll einrichteten, der Nutzfuss 180 Mk. stand. Das würde heututage einem Zolle von etwa 3,50 Mk. entsprechen.

Ich bin mir wohl bewußt, daß ich mit dem, was ich hier sage, Antipathie gegen eine sehr starke Erströmung; und ich bin nicht geneigt, diese Erströmung leicht zu nehmen. Denn das Vorhandensein derselben weist auf eine wunder Stelle an unserem wirtschaftlichen Leben hin, deren Pflege und Heilung die Pflicht des Staates ist. Und ich finde in dieser agrarischen Bewegung, da so viele sich an derselben beteiligen, den stärksten Antrieb für die Regierungen und alle, die es mit dem Lande verbinden, die Umlegung, in wirtlichfälliger Fälligkeit für die Landwirtschaft das Ziele auszuführen, dessen Erreichung für das Vaterland das Wichtigste ist, nämlich die Erhaltung eines gesunden und fruchtigen Baueinstandes (Bewegung rechts) und eines gesunden Mittelstandes. (Bewegung rechts.) So, meine Herren, das ist meine innere Überzeugung. Aber allerdings, einer Erströmung nachzugehen, wie sie heute besteht und über deren Einzelne, wie ich glaube, die Fälligkeit selbst sich nicht vollkommen klar sind (Zuruf rechts: Ja und ich glaube, die Landwirtschaft selbst wird dabei ein schlechtes Geschäft machen.) Und wenn man sich von solchen Erströmungen trennen läßt, dann müssen unvermeidlich nachtheilige Folgen eintreten und für diese Folgen müssen gerade die Kreuze verantwortlich gemacht werden, die heute nicht laut genug die Nachsichtigkeit der Regierung verlangen können. Und nun zum Schluß will ich den wärmsten und aufrichtigsten Dank ausdrücken den Männern, die uns bei den schwierigen Werken mit Rath und That zur Seite gestanden haben, nämlich den Männern des Selbstvertrages, ganz besonders den Delegirten der Industrie, denen die Schwierigkeiten und vornehmlichste Aufgabe zu Theil geworden ist. Die Erfolge, die wir mit dieser Einrichtung gehabt, werden von dauernder Wirkung sein und auch für die Zukunft die Grundlage eines erprießlichen und vertrauensvollen Zusammenwirkens zwischen der Regierung und den Sachverständigen der Erwerbsthätigen in wirtschaftlichen Fragen der Gesetzgebung bilden. Ich bitte Sie, nehmen Sie diesen Vertrag an, er wird, das ist meine Überzeugung, dem Vaterlande zum Segen gereichen. (Beifall.)

Abg. Graf Moltke (kon.): Nicht ohne eine tiefe innere Erregung kann ich an diesen Gegenstand herantreten. Da es sich hierbei vielleicht um die Existenz unseres ganzen Vaterlandes handelt. Beim rumänischen Handelsvertrag stand die Frage zur, ob man der Industrie ein großes schwereres Arbeitsfeld erhalten wollte, wenn auch die Landwirtschaft dabei ein Opfer bringe. Hier kommt russischen Handelsverträge aber liegt die Frage anders. Schon jetzt kann man im Osten und auch in Südosten das Getreide nicht mehr los werden, weil die Händler auf das Verfeuern des russischen Handelsvertrages warten und auf das dann erfolgende Heruntersinken des billigen russischen Getreides. Man sagt immer, die Differenzialzölle spielen bei der Preisbildung eine Rolle, aber die Sozialdemokraten stimmen doch für den russischen Vertrag, weil dadurch das Brod billiger wird. Daher ist es noch sehr zweifelhaft, ob der Vertrag für unsere Industrie wirklich einen dauernden Nutzen bringen wird; man muß doch bedenken, wie ungenügend und besonders wie bedenklich die Rechtsverhältnisse in Rußland sind. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man den Vertrag nur auf 3 Jahre abschließen hätte, würde ein Theil meiner politischen Freunde sich vielleicht damit haben befremden können. Man sagt auch, der Vertrag werde den Frieden fördern, aber ich weiß nicht, ob man mit einem Nachbar auf die Dauer in Frieden leben kann, der an seiner Grenze nicht ein Armeekorps, sondern eine ganze Armee angeammelt hat (Beifall rechts). Die östlichen Provinzen haben in schwerer Zeit den letzten Großen hergegeben zur Wiederaufrichtung des Vaterlandes. Seien wir nicht undankbar, und thun wir nichts, was diese Provinzen nur schädigen kann (Beifall rechts).

Abg. Richter (f. W.): Gerade weil auch ich den östlichen Provinzen nicht will, werde ich für diesen Vertrag stimmen. (Gelächter rechts.) Eine Verknüpfung mit den Herren von der Rechten ist vollkommen unmöglich, wir denken nicht mehr in derselben Sprache und rechnen nicht mehr mit denselben Zahlen. Graf Mirbach hat heute wieder die Militärverträge erwähnt und sie als Bedingung präsentiert. Wir haben auch für diese Vorlage gestimmt, weil wir sie für notwendig hielten, aber wir präsenten sie nicht als Bedingung. Der österreichische Handelsvertrag, der doch als der Wirtlichfällige als Uebels betrachtet wird, wurde auch vom Abg. von Mantuffel empfohlen und er befürchtete damals davon keinen Schaden für die Landwirtschaft. Nach diesem österreichischen Handelsvertrage ist aber die Konkurrenz des russischen Handelsvertrages eine ganz unbedeutende und dieser Vertrag ist eine notwendige Konsequenz des österreichischen. Eine Beileidigung für Rußland und gegen das nationale Interesse gehandelt ist es, wenn man hier sagt, daß Rußland doch die Bestimmungen des Vertrags umgehen und sich daran nicht halten wird. Die Reiter der russischen Politik sind Aug genaug, um zu wissen, daß sie in ihrem eigenen Interesse den Vertrag streng inne halten müssen. Die Konzeptionen sind jetzt ganz verändert, früher legten sie dem russischen Kaiser, dem Jaren Nikolous eine größere Bedeutung bei als der Regierung selbst, und jetzt stellen sie sich so, als wenn Graf Caprivi das Land an die Russen verkatete wolle. Was hat man nicht alles im Munde der Landwirthe, auf der Versammlung hier in Berlin gehört? Was ist in unseren antisemitischen Vereinen nicht alles geredet worden? Ich bedaure, daß in unseren militärischen Establishments die Blätter, die dem Bunde der Landwirthe nahe stehen, immer noch gelefen werden. Graf Mirbach meinte, die Linke schädige systematisch die Interessen der Landwirtschaft. Wir sollen vielleicht auch wohl in Ihren antisemitischen Bund eintreten, aus dem jetzt schon eine Reihe von Männern ausgetreten sind, weil er eben antisemitisch geworden ist. Wenn an Stelle des Grafen Caprivi Bismarck säße, dann wäre die Sache ganz anders, dann würde man blinden Hörd die Sache schon annehmen, gemacht werden sein. Aber jetzt sitzt da der arme Caprivi (Seitens rechts), der keinen Grundbesitz hat und von der Landwirtschaft nichts versteht. Die Konzeptionen stehen in einem Momente, wo es sich um eine moderne Kulturentwicklung handelt, genau so gegen diesen Fortschritt, wie früher schon öfters. Als 1818 der Zollvertrag in Frage stand, da hielten sich die Adelsräthe und Ländliche und Theillich genau so gegen die Entwidelung, wie das jetzt hier geschieht. (Gelächter rechts.) Es (rechts) hoffen durch Ablehnung des Vertrags den Reichthümer Caprivi zu besitzen, aber die hohe Politik geht andere Wege. Man sollte sich doch Mühe bemühen, daß endlich das schwere Verbot dieses Vertrags zu Stande kommt, nachdem selbst Bismarck vergeblich eine solche Entwidelung angestrebt hatte. 32 Jahre hat es

gedauert, ehe Rußland eintrat, daß es nicht auf handelspolitischen Gebiete eine isolirte Politik treiben kann. Die Politik Caprivi's auf handelspolitischen Gebiete ist dieselbe Politik, die Fürst Bismarck empfohlen hat. Es (rechts) haben Bismarck gar nicht verstanden. (Seitens rechts.) Wenn der Vertrag abgelehnt würde, so würde ein Zollkrieg entstehen, der die Industrie sehr schädigen und der Landwirtschaft nichts nützen würde. Ist doch nach Einführung des Kampfzolls der Preis für inländisches Getreide fortwährend gesunken. Da beteln nun die Herren um Staatshilfe, sehen Sie sich einmal unter Anderem an. Diese haben durch den Zollkrieg den größten Schaden gelitten und haben jetzt nichts zu thun. Aber die schreien nicht und beteln auch nicht um Staatshilfe. Wir stimmen für den Handelsvertrag, weil er ein kulturelles Werk ist und wir begrüßen den Moment, wo Rußland in die wirtlichfällige Gemeinschaft Europas eintritt, mit Freude. Daraus können sich noch Verhältnisse entwickeln, von denen wir heute noch keine Ahnung haben. Die Saat, die Sie (rechts) heute säen, wird Früchte tragen, aber wer sie ernten wird, daran kann kein Zweifel sein, wenn man sieht, in wie aufregender und unmissiger Weise agirt wird. In sozialdemokratischen Blättern findet man nicht solche aufregende Artikel, wie sie der Bund der Landwirthe verbreitet. Nehmen Sie den Vertrag an, dann wird auch die Landwirtschaft wieder aufblühen.

Darum verlag das Haus nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abg. Frh. v. Stumm und v. Mantuffel die weitere Berathung in Verbindung mit dem Antrage v. Kardorff auf Dienstag 1 Uhr, nachdem vorher in nochmaliger Abstimmung mehrere Anträge an Erhebungen betreffend der Wahlen der Abg. Bill und Graf v. Bismarck-Schönhausen angenommen und betr. des Abg. Rothbarth abgelehnt wurden. (Diese Anträge lagen früher nur handschriftlich vor.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

### Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung vom 26. Februar.  
11 Uhr. Am Ministerfisch: Dr. Miquel u. M.  
Das Haus berath zunächst den Etat der direkten Steuern.

Bei den Einnahmen, Titel Einkommensteuer, bittet Abg. Frh. von Erffa (kon.) den Minister, auf eine Aenderung der Bestimmungen des Abzugprozentsatz für Gebäude hinzuwirken. Der durch einen Stumm entfallende Schaden sei weit größer, als durch er mit den gestellten Abzügen von 1/4 - 1/2 Proz. gedeckt werden könnte. Man müsse da zwischen städtischen und ländlichen Grundstücken unterscheiden. Empfindlicher sei ein Abzug von 1-2 Proz. oder auch die ganze Beileidigung der Abzugquote, wogegen dann im Falle eines Neubaus es gestattet sein müßte, den ganzen Betrag desselben abzugeben.

Abg. Rath Wallach: In der Instruction des Finanzministers ist keine bestimmte Abzugquote festgesetzt, sondern nur eine allgemeine Norm gegeben. Die Quote richtet sich besonders nach der vermögensmäßigen Dauer des Gebäudes. Die Verwaltungsvorschriften sind diesmal noch besonders darauf hingewiesen worden, daß in jedem Falle die Höhe der Abschreibung auf ihre Angemessenheit hin zu prüfen sei.

Abg. v. Schallfcha (Centr.) wünscht in den vergleichenden Uebersichten über die Einnahme aus der Einkommensteuer eine Trennung zwischen städtischen und ländlichen Einnahmequellen.

Abg. Rath Wallach hält dies für schwer durchführbar.

Abg. Kraß (str.) erwirbt einen Fall, in dem ein Genst unter Androhung einer Strafe zur Begründung seiner Berufung angefordert ist. Das hält er nicht für richtig.

Auf eine Beiside des Abg. Frh. von Buddenbrock (kon.) erwirbt Finanzminister Dr. Miquel, daß das persönliche Erscheinen des Gensten zur Begründung seiner Beschwerde nicht erzwungen werden dürfe. Wenn über zu eingehende Fragen bei der Berathung gelangt werde, so sei bereits Remedur veranlaßt werden. Mißgriffe der Behörden seien bei einem jo neuen Gesetze nicht zu vermeiden, die Centralisierung werde darüber wachen, daß das Berathungsverfahren im Sinne des Gesetzes erfolge. Was den Vorhang des Abg. v. Erffa betreffe, so sei es besser, wenn man abwarte, wie sich das jetzige Abschreibungsverfahren bewähre.

Abg. v. Schallfcha beantwortet, die Einschätzungslisten zur Darstellung der wirtlichfälligen Lage der Landwirtschaft zu benutzen.

Minister Dr. Miquel: Die Regierung bemüht sich jetzt schon, unter Benutzung des Materials der Einkommensteuer-Veranlagung einen Einblick in die Lage der Landwirtschaft zu bekommen, und wird bei passender Gelegenheit Mittheilung darüber machen.

Auf eine Bemerkung des Abg. Dittens (nl.) erwirbt Finanzminister Dr. Miquel, daß er Vorkissende von Veranlagungsbestimmungen, welche ungenügende generelle Verfügungen erließen, um Auskunft erlangen werde.

Abg. Kravintfel (nl.) hält die jetzige Abschreibungsquote von 1/2 Proz. namentlich für industrielle Gebäude für ungenügend.

Minister Dr. Miquel: 1/2 Proz. ist kein Maximalatz, sondern nur der, welcher ohne genaue Prüfung angemessen werden kann. Man muß bei der Abnung hierbei auch Zinseszinsen in Betracht ziehen.

Abg. Stoegel (Centr.) beklagt, daß in vielen Fällen die Vergelte zur Deklaration ihres Einkommens angefordert seien.

Abg. Rath Wallach erklärt, daß er sich darüber erst äußern könne, wenn ihm Genaueres bekannt sei.

Abg. v. Schallfcha bedauert, den Minister in der Frage der Abschreibungen für Gebäude nicht so wohlwollend zu finden, wie man es sonst in ähnlichen Fällen bei ihm gewohnt ist.

Abg. Dr. Dörschel (nl.) hält die Zurechnung von Zinseszinsen bei den Abschreibungen nicht für richtig.

Minister Dr. Miquel widerspricht dem. Bei dem Vorschlage von Erffa wird der Vortheile der Zinseszinsen.

Abg. v. Eymer (nl.) tadelt die langsame Erledigung mancher Beschwerden gegen die Veranlagung zur Einkommensteuer.

Minister Dr. Miquel weist darauf hin, daß in der ersten Zeit die Entscheidungen naturgemäß langsamer von Statlen gegangen seien, da dieselben präjudizirliche Bedeutung hätten. Für die Zukunft würden Verzögerungen in dieser Richtung nicht mehr stattfinden.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel: Gewerbesteuer erklärte auf eine Anfrage des Abg. Dr. Sattler:

Abg. Rath Fülling, daß über die Frage, ob und wie weit der Handelsandel sich zur Kommunalsteuer eigne, Berichte angefordert seien. Er könne noch nicht angeben, wie die Regierung sich dazu stelle.

Abg. Gotthelm (f. W.) wendet sich dagegen, daß die Händler mit denaturirtem Spiritus zur Konzeptionierung und zur Betriebssteuer herangezogen werden, obwohl das Kammergericht dies für rechtlich nicht begründet erachtet habe. Stehe die Regierung über dem Gesetze?

Dem Regierungsrathe aus wird erwidert, daß die Regierung keine Veranlassung hat, sich ohne Weiteres dem Urtheil des Kammergerichts anzubehalten, wenn sie mit der Stellung der gegebenen Faktoren nicht im Einklang sich befinden. Die Konzeptionierung habe sich als notwendig erwiesen.

Abg. Gels trift für eine Beileidigung des Hausfhandels ein.

Auf eine Aeußerung des Abg. Gotthelm bemerkt Minister Dr. Miquel: Die Verwaltung wartet ab, ob die Rechtsprechung der Gerichte eine konstante ist und muß eventuell eine Gesetzesänderung beantragen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel: Nebenbeschäftigung der Katasterbeamten tadelt Abg. Frhen (Res. Str.), daß man den Katasterkontrolleuren in manchen Fällen die Nebenleistungen nehme und zur Staatskasse veranrechne.

Regierungsrath Gauß erwidert, daß auch die Nebenbeschäftigungen der Katasterkontrolleure auswärtige Beschäftigungen seien und daß kein Beamter an Beschäftigung außerordentlicher Zuschüsse für solche Nebenbeschäftigungen Anspruch habe, wenn ihm nicht gesagt sein soll, daß die Regierung in dieser Beziehung rigoros verweise, sondern sie werde wie bisher solche Zuschüsse in den meisten Fällen gewähren. Über eine Pringspienfrage sei diese Sache nicht.

Abg. Mies (Str.) tadelt, daß Caprivi, die ein Katasterbeamter bei seinen amtlichen Reizen mache, in die Staatskasse fliegen, und befürworte, daß Nebenleistungen unter allen Umständen auch den Katasterbeamten verbleiben sollen.

Gewheimath Gauß hebt hervor, daß Alles, was den Katasterbeamten nach der Denkschrift von 1890 zukomme, auch gewährt werde.

Abg. Frhen-Rees (Str.) bleibt dabei, daß es sich hierbei um eine Ungerechtigkeit gegen eine ganze Beamtenklasse handle. Gerade wenn man diese Beamten in außerordentlichen Fällen besonders mit Arbeit belaste, gebe der Staat ihnen keine Zuschüsse, während in normalen Fällen die Katasterkontrolleure diese Nebenleistungen für sich erhielten.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest der Einnahmen. Bei den ordentlichen Ausgaben, Titel: Rassenverwaltung, bemerkt

Abg. v. Schallfcha (Str.), es gehe eine große Beunruhigung durchs Land, weil die Rodkraft verbreitet sei die Kreisfassen leicht reduziert werden. Das werde ohne Unzulässigkeiten nicht abgehen und dadurch würden die Gemeindevorsteher mit einer Menge neuer Arbeiten belastet werden. Inzwischen solle die Reduzierung der Kreisfassen aus Sparmaßregeln nicht stattfinden, aber das sei gar keine Erparung, der Fiskus werde dadurch sparen, aber der unglückliche Landbewohner werde dadurch eine Menge neuer Unbequemlichkeiten, Unkosten und neuen Schreibens haben. Mit einer gewissen Schüchternheit müsse er betonen (Seitens rechts), daß er die Auelegung, diese Frage zu behandeln, aus seinem Kreise bekommen habe. Heute, wo mit einem gewissen Hochdruck von oben und unten auf die Abgeordneten eingewirkt werde, könne man wirklich nur schädeligen sagen, daß man etwas nicht aus eigener Initiative thue. (Seitens rechts.) Er sei ein Feind der Centralisation und ihm fehle auch hier bei den Kreisfassen wieder eine solche Centralisation geplant zu sein.

Minister Miquel erwidert, daß nach der Steuerreform den Gemeinden die Erhebung der Staatssteuern aufzulegen geplant sei. Durch eine künftige Verordnung sei dem Finanzministerium die Möglichkeit gegeben, die Erhebung der Staatssteuern den Gemeinden selbst schon aufzulegen oder das auch zu lassen. Das Finanzministerium habe nun beschlossen, vom 1. April 1895 ab für alle Städte über 5000 Einwohner diese Erhebung den Kommunen aufzulegen und in den nächsten fünf Jahren diese Uebertragung allmählig allgemein durchzuführen. Darauf würde jetzt eine Reihe dieser Kreisfassen überflüssig, aber die Regierung denke vorläufig noch nicht daran, diese Kreisfassen allgemein aufzulegen, wenn auch später stattfinden werde, und dann mit der Hauptfassen direkt verbunden werde. Man werde aber Schritt für Schritt auf diesen Gebiete vorgehen, und das sei eine Centralisation, sondern noch eine Decentralisation, und erpäre viele unnütze Kosten.

Abg. Mechner (Str.) bittet, die Städte, die schon durch die Steuerreform geschädigt wurden, nicht noch mehr durch die Belegung der Kreisfassen zu schädigen. Dann müsse er beklagen, daß die Vollziehungsbeamten der Kreisfassen jetzt nur noch auf vierwöchentliche Kündigung ange stellt würden, man solle doch gerade solche Beamten fest anstellen. Er appellire hierin an das Herz des Ministers.

Minister Miquel erwidert, ein Theil dieser Vollziehungsbeamten würde überflüssig, jedoch werde man sie nicht einfach bei Seite schieben, sondern sie, falls die Gemeinden sie nicht übernehmen, irgendwo anders unterzubringen suchen. Gerade, um das zu können, nehme man die Reduzierung der Kreisfassen ganz allmählig vor.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel 1: Für die Veranlagung und Erhebung der Einkommensteuer und die Veranlagung der Ergänzungsteuern wünscht

Abg. Dr. Martens (nl.) eine bessere Remuneration der Mitglieder der Veranlagungskommissionen. Die Einschätzungsstellen für die Veranlagungs-, Veranlagungs- und Veranlagungskommissionen seien ihrer Ansicht nach etwas ungerichtet vertheilt. Die Mitglieder der Veranlagungskommission erhielten nur 250 Mk. für den Tag. Davon könne keiner an einem fremden Ort einen Tag leben. Er bitte die Einschätzungen für die höheren Kommissionen etwas zu erhöhen und für die niederen Kommissionen etwas zu erhöhen. Eventuell solle man die Höhe der Einschätzungen der Mitglieder der Veranlagungskommissionen den Kommunen überlassen.

Gewheimath Miquel: Die Regierung hält daran fest, daß die Thätigkeit der Kommissionen eine ehrenamtliche ist, und es kann sich also nur darum handeln, den Kommissionsmitgliedern eine Entschädigung für den wirklich notwendigen Aufwand zu gewähren.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats der direkten Steuern.

Es folgt die Verathung des Etats der indirekten Steuern. Die Einnahmen werden genehmigt, ebenso die ordentlichen Ausgaben. Darauf bringt das Haus die weitere Verathung auf Dienstag 11 Uhr. Außerdem Etat der Bauverwaltung. Schluß 3 1/2 Uhr.